

HESSENBRIEF

Kommunalpolitische Ideen- und Informationsbörse der KPV

Information:
KPV-Landesvorstand
▶▶Seite 6

Bildung:
Fraktionsvorsitzendenkonferenz
▶▶Seite 4

Beratung:
Juristische Gutachten
▶▶Seite 7

Die Kunst, das Notwendige möglich zu machen



Mitgliederversammlung des KPV-Bildungswerks
am 21. März 2009 in der Adolf-Reichwein-Halle in Roßbach



Liebe KPV-Freunde, liebe Hessenbrief-Leserinnen und -Leser,

der Spuk hat ein Ende! Frau Ypsilanti ist mit ihrem Versuch, mit Kommunisten zu paktieren, gescheitert. Dass jetzt auf die vier aufrichtigen Abgeordneten geschimpft wird, ist schäbig und zeugt von einem merkwürdigen Demokratieverständnis. Wenn das der angeblich neue Politikstil sein soll, den Frau Ypsilanti so oft beschworen hat, dann ist es gut, dass er nicht kommen wird. Diese Abgeordneten haben ihr Gewissen befragt und sind sich der politischen wie auch beruflichen Konsequenzen sehr wohl bewusst. Es ist unzweifelhaft, dass für Gewissensentscheidungen keine zeitlichen Fristen gelten. Sowohl Politiker als auch Bürger müssen ihnen hoch anrechnen, dass sie offen und ehrlich vor dem Wahlgang ihre Zustimmung zum Wortbruch verweigert haben. Aufatmen können jetzt alle Bürgerinnen und Bürger Hessens, die schon seit langem auf die wichtigen Infrastrukturprojekte warten: Ausbau der Autobahnen A4, A44 und A49, Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Calden oder das Tourismus-Projekt „Resort Beberbeck“.

Unser Blick muss sich deshalb jetzt wieder nach vorne auf den 18. Januar richten. Wir haben erneut die Chance, den Wählerinnen und Wählern darzulegen, dass unsere Konzepte und Ideen die besseren und nachhaltigeren sind. Von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik über Sicherheit bis hin zur Bildungspolitik reichen die Erfolge christdemokratischer Politik, die wir im Wahlkampf den Menschen vermitteln müssen. Die letzten Monate haben es gezeigt: Wir haben vieles besser gemacht. Sehr eindrucksvoll hat das Kultusminister Jürgen Banzer dem Landesvorstand erläutert (s. S. 6). Aber auch Innenminister Volker Bouffier und Fraktionsvorsitzender Dr. Christean Wagner haben der kommunalen Familie geschildert, dass trotz fehlender Mehrheit im Landtag eine verlässliche Politik möglich ist (s. S. 4).

Kommunalpolitik lebt in erster Linie von den Akteuren, die sich teilweise seit Jahrzehnten für die kommunale Sache einsetzen, sowohl ehrenamtlich in Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen als auch hauptamtlich im Magistrat oder Kreisausschuss. Zwei Beispiele finden Sie auf Seite 9. Dieses hohe persönliche Engagement soll uns alle antreiben für die kommenden Wochen. Gleichwohl wünsche ich Ihnen für das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel alles Gute und ein paar besinnliche Stunden im Kreise ihrer Lieben.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Uwe Becker

KPV-Landesvorsitzender

Inhalt
Ausgabe
4/2008

Direktwahlen in Hessen 2008	3
Fraktionsvorsitzendenkonferenz	4
KPV-Landesvorstand	6
Juristisches Gutachten	7
Aus dem Land	8
KPV- Intern	9
Interessante Internetseiten	10
Buchbesprechung	11

Impressum

Herausgeber:
KPV Informations-, Bildungs- und Beratungswerk e.V.
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
www.kpv-ibb.de

Redaktion:
Alexander Zell, Geschäftsführer (V.i.S.d.P.)
Stefan Spallek
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 1665-519
Fax: (0611) 1665-482

Gestaltung:
brandung3
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

Die KPV gratuliert

Direktwahlen in Hessen 2008

21.09.2008
Stockstadt / Landkreis Groß-Gerau



In der Riedgemeinde Stockstadt ist der langjährige SPD-Bürgermeister abgewählt worden. Neuer Verwaltungschef wird der 47 Jahre alte Thomas Raschel, der 56,1

Prozent der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,3 Prozent.

21.09.2008
Reichelsheim / Wetterau



Im ersten Wahlgang erreichte keiner der drei Kandidaten die erforderliche Mehrheit. Für den 49 Jahre alten parteilosen Bertin Bischofsberger,

der von der CDU unterstützt wird, gaben 33,9 Prozent ihre Stimmen ab. In der Stichwahl wurde er mit einer hauchdünnen Mehrheit von 22 Stimmen gewählt. Für ihn votierten 1.384 Wähler, das sind 50,4 Prozent.

28.09.2008
Eppertshausen / Darmstadt-Dieburg



Eppertshausen ist seit den Kommunalwahlen 2006 fest in CDU-Hand. Die CDU schnellte damals auf fast 61 Prozent Stimmenteil hoch. Durch seine Bürgernähe, sei-

nem großartigen Engagement mit dem erneuten Besuch von ca. ein Drittel der Eppertshäuser Haushalte konnte

Carsten Helfmann nicht nur ein tolles Ergebnis, sondern auch eine sehr gute Wahlbeteiligung bei nur einem Kandidaten erreichen. Bei der Direktwahl wurde er bei einer Wahlbeteiligung von 52,5 % mit 91,2 % der Stimmen gewählt. Helfmann war bei seinem ersten Amtsantritt Hessens jüngster Bürgermeister. Fünf Jahre später ist er immer noch Südhessens jüngster Bürgermeister.

02.11.2008
Bad Sooden-Allendorf / Werra-Meißner-Kreis



Der 42-jährige Rechtsanwalt Frank Hix wird neuer Bürgermeister von Bad Sooden-Allendorf. Bei der Direktwahl erhielt der CDU-Mann 3.380 Stimmen und damit 76,8

%. Er gewann die Wahl damit sensationell klar. Der Amtsinhaber von der SPD trat nach zwölf Jahren nicht mehr an. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,6 %.

02.11.2008
Glashütten / Hochtaunuskreis



Der Versicherungskaufmann Thomas Fischer wurde mit 91,4 % der Stimmen zum Bürgermeister von Glashütten gewählt. Der CDU-Mann setzte sich gegen den unab-

hängigen Kandidaten Andreas Hillnhütter durch, der 8,6 % der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,6 %. Die bisherige Bürgermeisterin Jutta Nothacker (CDU) war im August zum Rheingau-Taunus-Kreis als Erste Beigeordnete gewechselt. In der Gemeindevertretung

hat die CDU 14 Sitze, gefolgt von SPD und FWG mit jeweils 4, sowie Grüne, FDP und die Bürgerliste Glashütten mit jeweils 3 Sitzen.

02.11.2008
Hofbieber / Landkreis Fulda



In der Rhöngemeinde Hofbieber hatten die 4.727 Wahlberechtigten lediglich die Entscheidung zwischen „Ja“ und „Nein“ zu treffen: der 39-jährige

Amtsinhaber Marcus Schafft kandidierte als einziger Bewerber. Marcus Schafft bekam von der überwältigenden Mehrheit ein „Ja“ – 84,7 % der Wähler wollten ihn als Bürgermeister behalten. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,9 %. In Hofbieber hat die CDU mit 18 Mandaten die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Die CWE hat 5, die SPD 4, die Grünen 3 Sitze und die FDP einen Sitz.

09.11.2008
Ahnatal / Landkreis Kassel



Michael Aufenanger ist der neue Bürgermeister von Ahnatal. Mit einem sensationellen Ergebnis von 57 % der Stimmen setzte sich der 31-jährige Herausforderer in

der Stichwahl gegen die Amtsinhaberin von der SPD durch. Beim ersten Wahlgang hatten beide noch Kopf an Kopf bei rund 46 % der Stimmen gelegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,1 %. In der Gemeindevertretung hat die SPD 15 Sitze, die CDU 8, Grüne 6 und die LWG 2 Sitze.

Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen

Diesem Zitat des amerikanischen Politikers, Schriftsteller und Naturwissenschaftler Benjamin Franklin (1706-90), folgten am 25. Oktober fast 80 hessische Fraktionsvorsitzende in das Bürgerhaus Gießen-Wieseck. Das KPV-Bildungswerk hatte Experten zu Themen wie „Einführung des Digitalfunks“, „Interkommunale Zusammenarbeit“ oder „Mediation in der Politik“ eingeladen.



Der KPV-Landesvorsitzende Uwe Becker und sein Vorgänger, der KPV-Ehrenvorsitzender und Fraktionschef im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner.

Zu Beginn der Konferenz verwies der KPV-Ehrenvorsitzende und Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, auf die Ergebnisse der Parlamentsarbeit in den vergangenen Monaten seit der Landtagswahl im Januar 2008. Trotz schwierigster Mehrheitsverhältnisse ist es der CDU-Fraktion gelungen, wichtige Projekte umzusetzen.

Dazu zählen unter anderem die Erhöhung der Beamtenbesoldung um drei Prozent, eine Initiative für eine Handreichung für Hessens Lehrer zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur oder eine Initiative für eine Grundgesetzänderung zur verfassungsrechtlichen Absicherung der ARGEn sowie der verfassungskonformen Optionskommunen.

Digitalfunk – Probetrieb gestartet

Innenminister Volker Bouffier erläuterte die Pläne der Landesregierung hinsichtlich der Einführung des Digitalfunks. Das digitale Funknetz wird das bisher genutzte Analognetz bei Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst ablösen. „Bundesweit wird ein einheitliches Digitalfunknetz aufgebaut. Damit wird künftig der Sprech- und Datenfunkverkehr in digitaler Qualität über Länder- und Behördengrenzen hinweg gewährleistet“, erläuterte Bouffier. Der Probetrieb in Hessen hat im September 2008 begonnen. „Wir sind sehr zuversichtlich, die landesweite Inbetriebnahme des Netzes bis Ende 2010 abgeschlossen zu haben“, so Innenminister Bouffier. Die Ausstattung der Polizei und des Katastrophenschutzes wird das Land Hessen gewährleisten, während die in kommunaler Verantwortung stehenden Feuerwehren von den Städten und Gemeinden ausgestattet werden. „Wir lassen die



Innenminister Volker Bouffier: „Der Digitalfunk ist funktechnisch der Schritt in eine neue Ära“.

Kommunen bei der Finanzierung der Funkgeräte für die Feuerwehren natürlich nicht allein. Das Land Hessen wird grundsätzlich 30 Prozent der Kosten für die Beschaffung der neuen Funkgeräte übernehmen“, betonte der Minister.

Interkommunale Zusammenarbeit – Verbesserung der Bürgerorientierung durch Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten



Rechtsanwalt und Stadtrat a.D. Konrad Dörner ist einer der Experten zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) in Hessen. „Unterschiedliche Faktoren wie beispielsweise die demografische Entwicklung, die knapper werdenden finanziellen Ressourcen, die europäische Integration, die Globalisierung der Weltmärkte und die fortschreitende Technologisierung erschweren in zunehmendem Maße die kommunale Handlungsfähigkeit“, analysierte Dörner. Vor diesem Hintergrund gewinnt die seit langem in vielen Tätigkeitsfeldern praktizierte IKZ zusätzlich an Bedeutung. Durch eine verstärkte freiwillige Zusammenarbeit können die Kommunen dem wachsenden Wettbewerbsdruck und den steigenden Handlungsanforderungen in neuen Bezugsräumen wirksam begegnen.

Die öffentlich-rechtlichen Formen der IKZ sind in Hessen im Gesetz über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) geregelt. Danach ist neben dem Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen mit unterschiedlicher Bindungswirkung insbesondere auch die Gründung von Zweckverbänden möglich. Der Zweckverband ist die bindungsstärkste Form der interkommunalen Zusammenarbeit, mit ihm wird eine neue Körperschaft des öffentlichen Rechts - mit eigenem Personal - geschaffen, auf welche die dem Verband angehörenden Kommunen eigene



Rechtsanwalt und Stadtrat a.D. Konrad Dörner: „Durch eine verstärkte Zusammenarbeit können die Kommunen dem wachsenden Wettbewerbsdruck wirksam begegnen“.



Aufgaben und Hoheitsbefugnisse übertragen. Möglich sind auch die Rechtsformen des Privatrechts, z. B. Vereine, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder in besonders gelagerten Fällen Aktiengesellschaften.

Zur Wahrnehmung von gemeinsamen regionalen Interessen bedarf es zunehmend besonderer Formen konstruktiver Interkommunaler Zusammenarbeit. In einem Modell von funktionsspezifischen flexiblen Organisationseinheiten wird eine zukunftsweisende Chance für eine effektive kommunale Aufgabenwahrnehmung gesehen. Der Vorteil solcher Kooperationsmodelle liegt darin, dass diese Einheiten genau für die Räume gebildet werden können, die für die Lösung der jeweiligen Aufgabe am besten geeignet sind.

Mediation in der Politik – Konfliktlösung nur mit Gewinnern?

Mediation kommt aus dem Lateinischen und steht für Vermittlung. Doch was Mediatoren können und an wie vielen Stellen Mediation von Nutzen ist, ist in Deutschland weithin noch nicht bekannt. Richter am Verwaltungsgericht, Harald Walther, sieht den Vorteil von Mediation darin, dass sie „in der Kommunikation zwischen Konfliktpartnern Möglichkeiten eröffnet, die in einem klassischen Gerichtsverfahren nicht auftauchen können“. Als Beispiel nennt Walther den Fall zweier Kinder, die sich um eine Orange zanken. Die Mutter greift ein und fordert beide auf, zu sagen, warum sie die Orange gern hätten. Es stellt sich heraus, dass ein Kind nur die Schale zum Kuchenbacken braucht, während das andere die Orange auspressen möchte. Ein salomonisches Urteil, bei dem jedes Kind eine Orangenhälfte bekommen hätte, wäre in einem solchen Fall die schlechtere Lösung gewesen. So kommt beiden Kindern die volle Orange zugute. Ein Fall von Mediation. „Bei der Mediation gibt es kei-

ne Gewinner und Verlierer“, sagte Walther. Die Kunst des Mediators besteht zunächst darin herauszubekommen, was die Parteien überhaupt wollen. Häufig ist etwa eine Geldforderung nicht der Hauptwunsch, sondern zum Beispiel eine Entschuldigung. Das Herauszubekommen ist eine Sache des Fragens und zweifellos auch der Persönlichkeit. Mediationsbe-



Richter am Verwaltungsgericht Harald Walther: „Mediation bietet Konfliktpartnern Möglichkeiten in der Kommunikation, die in einem klassischen Gerichtsverfahren nicht auftauchen können“.

mühungen gibt es vereinzelt inzwischen auch in der Politik. Dabei ist das Verfahren in dieser Fakultät nicht neu: Man denke nur an die mehrwöchige Vermittlung Jimmy Carters zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Begin und dem ägyptischen Präsidenten Sadat 1978 in Camp David. Überall, wo ein Betrachten der Situation aus einem anderen Blickwinkel als dem eigenen zu besseren Lösungen führt und ein teures Gerichtsverfahren umgeht, wirken Mediatoren, auch für die kommunale Ebene eine durchaus wirksame Methode.

„Wir haben verstanden und verändert“

Im Mittelpunkt der Sitzung des KPV-Landesvorstandes am 1. November in Friedberg stand sicherlich die rot-grüne Koalitionsvereinbarung, deren Umsetzung inzwischen glücklicherweise durch das verantwortungsvolle Handeln von vier SPD-Abgeordneten verhindert wurde. „Auf Hessen wären schwierige Zeiten zugekommen“, sagte der Vorsitzende des KPV-Bildungswerkes, Lutz Klein. Er sprach damit den Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden sowie den Aus- und Weiterbau der Autobahnen A 44 und A 49 an, die von der SPD in der Koalitionsvereinbarung geopfert worden seien. „Im Januar waren viele Menschen davon überzeugt, dass diese zentralen Projekte auf jeden Fall unabhängig vom Wahlausgang kommen. Jetzt haben sie die Erfahrung machen müssen, dass sie je nach Wahlergebnis akut gefährdet sind“, sagte Klein. Auch Fraktionsvorsitzender Dr. Christean Wagner unterstrich die negativen Auswirkungen einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit für Hessen. „Die rot-grünen Beschlüsse gefährden Wirtschaft und Arbeitsplätze in Hessen. Sie sind eine Katastrophe für unser Land“, so Wagner. Im Detail ging Kultusminister Jürgen Banzer auf die rot-grünen Phantasien ein. „Die in dem Papier geforderte Lehrerversorgung von 105 Prozent geht an der Realität vorbei. Damit wäre das Problem nicht gelöst, weil der Vertretungsbedarf so nicht abgedeckt werden kann“, erläuterte Banzer. Die Forderung bis zum Schuljahr 2010/2011 für jedes Kind wohnortnah in der Sek. I mindestens eine Schule mit einer neu gestalteten Sek. I vorzuhalten, sei die allgemeine Einheitsschule durch die Hintertür. „Es findet nicht einmal mehr eine Kursdifferenzierung statt. Das heißt der Unterricht findet mit allen (gymnasial-



realschul- und hauptschulgeeigneten, sowie Förder-) Schülern gemeinsam in einer Klasse statt“, machte Banzer deutlich. Durch das Abschaffen von Grund- und Erweiterungskursen der IGS entstehe eine ideologisch motivierte Einheitsschule. Die Einführung einer solchen Einheitsschule, die durch den Goldenen Zügel (Subventionskonzepte, unter anderem Klassengrößen) und die Abschaffung der Hauptschule und die damit verursachte Einschränkung der Überlebensfähigkeit der Realschule faktisch zu einer allgemeinen Einheitsschule würde, beeinträchtigt die Mobilität zwischen den Bundesländern – in der heutigen Arbeitswelt für Eltern inakzeptabel. Für die jetzigen Hauptschüler gibt es damit keine Perspektive mehr. Die Hauptschule werde abgeschafft. „Dies, die Nichtüberlebensmöglichkeit der dann allein gebliebenen Realschule sowie die Einführung der Neuen Schule mit flächendeckendem gemeinsamen Lernen führen zur Bildung von anonymen Massenschulen und zur Schließung einer Vielzahl von Schulstandorten“, so Banzer.

Hauptrollen in Hessen zu vergeben

In den vergangenen Monaten hätte die Landesregierung deutlich zu verstehen gegeben „wir haben dazu gelernt“, sagte der Kultusminister. „Ich setze auf den Dialog mit Schülern, Eltern, Lehrern sowie allen an Schule Beteiligten“. So habe das Kultusministerium zu Schuljahresbeginn eine Kampagne zur Lehrereinstellung gestartet. „Ich bin überwältigt von der Zahl derer, die dem Aufruf „Lehrer nach Hessen“ zum Beginn des Schulhalbjahres 2008/2009 gefolgt sind“. Die unterschied-

lichsten Berufsgruppen wie z. B. promovierte und diplomierte Naturwissenschaftler, IT-Fachleute, Theologen und Fachleute aus der Musik und Kunst zeigten durch ihre Bewerbung die Wertschätzung gegenüber dem Berufsfeld Schule. „Wir haben mit 2.800 zu besetzenden Stellen im Schuljahr 2008/09 den höchsten Personalbedarf seit dem Schuljahr 2000/01“. Banzer ist froh, dass es gelungen ist, die knapp 2.200 zum Schuljahresanfang benötigten Besetzungen erreicht zu haben. Zum 1. Februar werden weitere 600 Stellen zu besetzen sein. Das Kultusministerium habe die traditionellen Bewerbungswege über die Landesrangliste komplett ausgeschöpft. Zudem haben die Schulen und Schulämter frühzeitig Vereinbarungen mit 125 besonders qualifizierten Referendaren getroffen, die ihre Ausbildung zum Ende des ersten Schulhalbjahres abschließen werden. Zum Schuljahr 2008/09 traten neben dem von Banzer initiierten 11-Punkte-Programm zur Verbesserung von G8 und der nächsten Ausbaustufe des Ganztagsprogramms nach Maß der Landesregierung mehrere vom Hessischen Landtag verabschiedete Neuerungen in Kraft, wie die Neuregelung von BAT-Verträgen, die Erhöhung der Stellen für die Lehrer im Vorbereitungsdienst (LiV), Veränderungen in der Umsetzung der „Verlässlichen Schule“, die Neuregelung zur Querversetzung, die Neuregelung zur Errichtung von Integrierten Gesamtschulen sowie die Abschaffung der jahrgangsbezogenen Richtwerte zum Erhalt schulischer Angebote. „Wir sind auf dem richtigen Weg und wollen diesen auch fortsetzen“, warb Banzer abschließend für seine Politik.



Kultusminister Jürgen Banzer: Das hessische Schulwesen ist seit 1999 auf einem konsequenten Modernisierungskurs.

Weisungsrecht des Magistrats an Vertreter in städtischen Gesellschaften

von Dr. Norbert Rücker, Fulda

Das Weisungsrecht des Magistrats an die in stadteigene oder städtisch beherrschte Unternehmen entsandte Vertreter (Magistratsmitglieder) ist nicht unbeschränkt. Es bezieht sich gemäß § 9 Abs. 2 HGO nur auf die laufende Verwaltung des Magistrats. In allen wichtigen Angelegenheiten hat dagegen der Magistrat gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 HGO die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung (StvV) einzuholen. Sodann ist diese Entscheidung vom Magistrat durch Weisung an die Vertreter (Magistratsmitglieder) in den Gesellschaften gemäß § 125 Abs. 1 Satz 4 HGO im Außenverhältnis zu den Gesellschaftern umzusetzen. (Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 24.9.2008)

Der Entscheidung des Hessischen VGH lag der folgende Sachverhalt zugrunde: Die Stadt W. ist zu 50 % an der Kraftwerk M.-W.- AG beteiligt. Mit Schreiben vom 17.9.2008 beantragte die Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ bei der Stadtverordnetenversammlung der Stadt W. folgenden Punkt auf die Tagesordnung der StvV zu setzen:

„Der Magistrat wird beauftragt, über die Vertreter der Stadt in den Aufsichtsräten der Energieunternehmen der Stadt u.a. einen sofortigen Stopp aller Planaktivitäten zum Bau eines Kohlekraftwerkes zu erwirken.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lehnte diesen Antrag ab. Zur Begründung führte sie an, der Antrag zielt darauf ab, durch genaue Vorgaben an den Magistrat auf die Geschäftspolitik der Kraftwerke M.-W.- AG Einfluss zu nehmen. Die StvV sei hierfür nicht zuständig, weil § 125 HGO ein Weisungsrecht des Magistrats gegenüber seinen Vertretern in Gesellschaften in Angelegenheiten städtischer Gesellschaften einräume. Mit der Ablehnung wolle die Stadtverordnetenvorsteherin deutlich machen, dass sich die StvV nicht mit Anträgen befasse, die klar

und eindeutig in die alleinige Kompetenz des Magistrats fielen.

Auf den von „Bündnis 90/Die Grünen“ eingereichten Eilantrag beim Verwaltungsgericht Wiesbaden hin gab das VG der Stadt W. auf, den Antrag der Fraktion auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten vom 25.9.2008 zu setzen. Die hiergegen von der Stadtverordnetenvorsteherin noch am gleichen Tag eingelegte Beschwerde beim Hessischen VGH hatte in der Sache keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

1. Es entspricht der Rechtsprechung des Hessischen VGH dass der/ dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung gemäß § 58 Abs. 5 in Verbindung mit § 56 Abs. 1 Satz 2 HGO keine materielle (inhaltliche) Prüfungsbefugnis hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der zur Beratung und Abstimmung gestellten Beschlüsse zugewiesen ist. Jedoch ist dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung die Prüfung der Frage vorbehalten, ob der auf die Tagesordnung zu setzende Beratungsgegenstand nicht einem anderen Gemeindeorgan zur originären Zuständigkeit zugewiesen ist.

2. Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes fällt der beantragte verbindliche Beschluss der StvV, den Magistrat anzuweisen, über die Vertreter (Magistratsmitglieder) der Stadt in den Aufsichtsräten der Energieversorgungsunternehmen unter anderem einen sofortigen Stopp aller Planungsaktivitäten zum Bau eines Kohlekraftwerkes zu erwirken, nicht in den Kompetenzbereich des Magistrats. Er stellt somit auch keine Kompetenzverletzung des Magistrats dar. Zwar steht gemäß § 125 Abs. 1 und Abs. 2 HGO dem Magistrat ein Weisungs- und Entsenderecht in Bezug auf Gesellschaften zu, die entweder der Gemeinde gehören oder an denen sie beteiligt ist. Die besondere Kompetenzzuweisung des § 125 HGO bezieht sich aber auf die Art und Weise

der Außenvertretung der Gemeinde in ihren Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften. Dies bedeutet nicht, dass auch der Inhalt der zu erteilenden Weisungen durch diese Kompetenzzuweisung in der alleinigen Zuständigkeit des Magistrats stünde. Vielmehr ist für den laufenden Geschäftsbetrieb der Gemeindevorstand gemäß § 9 Abs. 2 HGO auch inhaltlich zuständig, während bei wichtigen Angelegenheiten gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 HGO eine vorrangige Entscheidung der Gemeindevertretung einzuholen ist. Eine andere Auslegung des § 125 HGO, wonach dem Gemeindevorstand insoweit auch inhaltlich die alleinige Kompetenz zustünde, würde die aus dem demokratischen Prinzip erwachsende Entscheidungsprärogative der von den Bürgern unmittelbar gewählten Gemeindevertretung für wichtige gemeindliche Angelegenheiten gerade in dem bedeutenden gemeindefirtschaftlichen Bereich der Beteiligung in Eigen- und Beteiligungsgesellschaften ohne sachlichen Grund außer Kraft setzen.

3. Da der geplante Bau des Kohlekraftwerkes unstreitig eine wichtige Angelegenheit darstellt, betrifft der auf Ziel und Inhalt gerichtete Antrag der Fraktion des „Bündnis 90/ Die Grünen“ nicht die Art und Weise der Außenvertretung, sondern den Zuständigkeitsbereich der StvV. Er ist damit auf die Tagesordnung der StvV zu setzen.

Hintergrund

Juristische Gutachten

Als Mitglied im KPV Bildungswerk e.V. erhalten die Fraktionen kostenlose juristische Stellungnahmen unseres Gutachters Dr. Norbert Rücker.



Bei Anfragen wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle unter Telefon 0611/1665-519 oder Fax 0611/1665-482.

Michael Boddenberg:

„Wir brauchen mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt!“ – Strompreise müssen für die Verbraucher sinken



Die hohen Strompreise in Deutschland müssen für die Verbraucher sinken! Das Urteil des Bundesgerichtshofs leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael Boddenberg, mit Blick auf das Urteil des BGH zum Wettbewerb auf dem Strommarkt. Eine Preissenkung könne nur gelingen, wenn die Verbraucher vor der Marktmacht der vier großen Stromkonzerne geschützt würden. Der Markt bei der Stromerzeugung sei weitgehend abgeschottet. Die vier marktbeherrschenden Konzerne – E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW – behaupteten zwar, auf dem Markt der Stromerzeugung herrsche Wettbewerb. Tatsächlich aber

beherrschten die vier „Oligopolisten“ den Markt. Vor Konkurrenz müssten sie sich nicht fürchten, da sie zusammen rund 80% der Erzeugungskapazität in Deutschland besitzen, so Boddenberg. Die vier Stromkonzerne könnten somit überhöhte Preise von den Verbrauchern verlangen. „Überhöhte Preise belasten die privaten Verbraucher und schränken ihre Kaufkraft zugunsten der Gewinne der Energiekonzerne ein. Die Zahl der Stromproduzenten in Deutschland müsse so weit steigen, dass eine wettbewerbliche Preisbildung zu erwarten sei. „Das ist die Voraussetzung für sinkende Großhandelspreise und damit für eine Entlastung der privaten und gewerblichen Stromverbraucher“, so Boddenberg abschließend.

Elisabeth Apel

„Schlag ins Gesicht der Milchbauern!“ – Preissenkungen für Milchprodukte



Als „Schlag ins Gesicht der Milchbauern“ bezeichnete die agrarpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Elisabeth Apel, die Preissenkungen verschiedener Discounter für Milch und -produkte. „Mit solchen Aktionen verkommen die Verhandlungsergebnisse des Milchgipfels, auf dem sich der Handel noch klar zum Milchproduktionsstandort Deutschland bekannt hat, zu reinen Lippenbekenntnissen.“ Nach Aussage von Apel profitiere der Verbraucher von den gesunkenen Preisen nur vordergründig. „Wenn Milch und -produkte als hochwertige Nahrungsmittel zu Dumpingpreisen regelrecht verramscht werden, können für die Milchzeuger keine kostendeckenden Preise zustande kommen. Auskömmliche Preise für

unsere Milchbauern sind aber notwendig, stellen eine faire Entlohnung ihrer Arbeit dar und dienen dem Erhalt der Kulturlandschaft vor allem in den benachteiligten Mittelgebirgsregionen.“ Dort würde die Milcherzeugung infolge höherer Produktionskosten zuerst eingestellt. Dies könne nicht im Interesse der Verbraucher sein, betonte Apel und forderte weitere Maßnahmen, um das Überangebot von Milch wirksam zu begrenzen und stärker an der Nachfrage auszurichten. Hierzu gehören die Neufestsetzung des Umrechnungsfaktors sowie die Aussetzung der Saldierungsmöglichkeiten. Im Bundesrat habe Hessen gemeinsam mit Bayern für diese Optionen gestimmt, die anderen Bundesländer seien aber leider nicht gefolgt.

40 Jahre Kommunalpolitik – Helmut Peuser MdL feiert Jubiläum



Ein ganz besonderes Jubiläum feiert dieses Jahr der Hessische Landtagsabgeordnete Helmut Peuser: Er ist seit 40 Jahren kommunalpolitisch aktiv! Der selbstständige Schreinermeister trat am 20. Oktober 1968 zum ersten Mal bei einer Kommunalwahl in seinem Geburtsort Erbach im Taunus an. Im selben Jahr wurde er Fraktionsvorsitzender und blieb dies bis 1974. Von 1967-1990 war Helmut Peuser Kreisgeschäftsführer der CDU Limburg-Weilburg. Aber nicht nur die kommunalpolitischen Aktivitäten in seinem Kreis und seiner Gemeinde waren für Peuser von Bedeutung. So folgte von 1990 bis 1995 eine 5-jährige Amtszeit als Landesgeschäftsführer der KPV Hessen, während der er auch stell-

vertretender Landesgeschäftsführer der CDU Hessen war. Peuser war in den vielen Jahren aber nicht nur politisch aktiv: So war er unter anderem Vorsitzender des Pfarrgemeinderates in Erbach und viele Jahre Schöffe im Amtsgericht Limburg und in zahlreichen Arbeitskreisen und Ausschüssen. Den meisten dürfte Helmut Peuser aber als Mitglied des Hessischen Landtages bekannt sein, dem er seit 1995 angehört. Er vertritt die CDU im Innen- sowie im Hauptausschuss und ist Fachsprecher für Feuerwehren und Katastrophenschutz der CDU Fraktion. Peuser ist seit 2000 außerdem Kreisvorsitzender der CDU Limburg-Weilburg und wurde im Jahr 2007 zum Ehrenvorsitzenden der CDU Limburg ernannt.

Kirtorfer Rathauschef Künz ist Hessens dienstältester Bürgermeister



Seit mehr als 31 Jahren bekleidet Ulrich Künz (CDU) das Amt des Bürgermeisters und ist damit Hessens dienstältester Rathauschef. «Es gab kaum einen Tag, an dem ich nicht gerne ins Büro gegangen bin», sagt der 58 Jahre alte Kommunalpolitiker. Er schätzt die Arbeit in der ländlich geprägten 3500-Einwohner-Gemeinde: «Was hier besonders viel Spaß macht, ist die Bereitschaft der Bürger, sich gemeinsam mit der Politik zu engagieren. Im März 1977 trat Künz seinen Dienst in Kirtorf an. Damals war er zwar erst 26 Jahre alt, hatte aber fünf Jahre Erfahrung als Diplom-Verwaltungswirt. Vor allem dank seines Fachwissens habe er sich gegen die mehr als zehn Mitbewerber durchsetzen können, sagt

der 58-Jährige. Seitdem trat er bei jeder der fünf Bürgermeisterwahlen ohne Gegenkandidaten an und erreichte immer ein gutes Ergebnis. Bei der vergangenen Wahl im Jahr 2006 stimmten 89,8 % der wahlberechtigten Bürger Kirtorfs für Künz, bei einer Wahlbeteiligung von knapp 57 %.

Bürgermeister Künz beschreibt sein Erfolgsrezept damit, dass er selbst «grundsätzlich sozial eingestellt» sei und mit «Herzblut für die Kommunalpolitik» ans Werk gehe. Bürgernähe und ein Büro, dessen Tür für alle immer offen stehe, seien da selbstverständlich, betont Künz.

Interessante Internetseiten

www.toolbox-bildung.de

Die Toolbox Bildung der Bertelsmann Stiftung stellt erfolgreiche Praxisbeispiele aus den Bereichen Elementarbildung, Schule und Jugendbeteiligung vor. Sie bietet erprobte Methoden und Materialien zur (Weiter-) Entwicklung von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Gemeinwesen. Die Tools sind den



Rubriken Elementarbildung, Schule und Jugendbeteiligung zugeordnet. Sie bestehen immer aus drei Elementen: Der prägnanten Beschreibung, dem Erfahrungsbericht und dem Material für die Praxis. Dabei handelt es sich um Übersichten, Schaubilder, Fragebögen, Beobachtungsbögen, Pläne, Erläuterungen, Texte etc., die während der Entwicklung des Ansatzes in der Kita/Schule/Kommune entstanden bzw. eingesetzt worden sind. Diese Materialien dienen ausdrücklich dazu, von anderen Kitas/Schulen/Kommunen eingesetzt und an die spezifischen Gegebenheiten angepasst zu werden. Damit ein Entwicklungsbaustein in die Toolbox aufgenommen wird, muss er bestimmten Kriterien genügen. Zu diesen zählen z.B., dass der Ansatz etwas Neues bzw. etwas Innovatives bietet und dazu beiträgt, die Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Kita/Schule bzw. die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Gemeinwesen strukturell zu verbessern. Oder der Ansatz ist seit mindestens zwei Jahren bis in die Strukturen der Kita/Schule/Kommune hinein systematisch verankert und hat zu dauerhaften Veränderungen geführt.

www.zuwanderer-in-der-stadt.de

Die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Deutschland stand im Mittelpunkt des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, das die Verbundpartner Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag (DST), GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW), Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) ab Januar 2004 gemeinsam durchführten.

Die Verbundpartner des Projekts wollen in ihrer Vernetzungsarbeit innovative Wege beschreiten. Neben einer Datenbank, die Gute-Praxis-Beispiele aus der kommunalen Integrationsarbeit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen soll, wurde eine Internetplattform in Gestalt eines "social networks" geschaffen.

Diese Bausteine sind auf Interaktion ausgelegt und miteinander verbunden. Sie können Ihre vorbildlichen Integrationsmaßnahmen in der Projektdatenbank über ein Formular veröffentlichen und sich im Sozialen Netzwerk darüber austauschen. Im Netzwerk sollen sich Akteure aus verschiedensten Bereichen (Wissenschaft, Kommunalverwaltung, Praktiker, aktive Bürger...) vernetzen, die am gleichen Thema arbeiten. So kommen verschiedene Erfahrungswelten und Perspektiven zusammen, die eine Diskussion ermöglichen, die den komplexen Herausforderungen einer nachhaltigen kommunalen Integrationsarbeit gerecht werden kann.



www.doppikvergleich.de

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) ist das von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Entwicklungszentrum des kommunalen Managements. Sie wurde 1949 in Köln gegründet. KGSt und Bertelsmann Stiftung verstehen sich vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen institutionellen Herkunft als Partner der Kommunen. Die notwendige Erneuerung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens auf dem Nährboden des IMK-Beschlusses sehen beide als Chance und Herausforderung an die Kommunen zugleich. Daher sind KGSt und Bertelsmann Stiftung eine Projektpartnerschaft eingegangen. Unter dem Projekttitel „Rechtsvergleich Doppik“ setzen sich beide gemeinsam für die Anwendung und Weiterentwicklung des neuen doppischen Haushalts- und Rechnungswesens ein.



Privatwirtschaftliche Unternehmen verschiedenster Wirtschaftszweige können und müssen im Wesentlichen mit einem einheitlich geregelten externen Rechnungswesen auskommen. Vor diesem Hintergrund ist die sich entwickelnde Vielfalt an unterschiedlichen Regelungen im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen weder verständlich noch notwendig. Diese Uneinheitlichkeit erschwert erheblich den interkommunalen Erfahrungsaustausch und den interkommunalen Leistungsvergleich. Die Internetseite bietet deshalb ein Angebot an Downloads, Fragen & Antworten, sowie eine Liste von Ansprechpartnern, die bei einer qualitativen Bewertung des kommunalen Haushaltes notwendig sind.

Personalisierter Wahlkampf

In einer Zeit, in der sich ständig weniger Menschen für Politik und deren Inhalte interessieren, werden Wahlkämpfe zu einer immer größeren Herausforderung für die Parteien. Ein Blick auf aktuelle Kampagnen zeigt: Personalisierung und Professionalisierung sind zentrale Komponenten der heutigen Wahlkampfkommunikation.

Am Beispiel zweier populärer Wahlkampagnen beschäftigt sich dieses Buch mit Erfolgsfaktoren und Perspektiven politischer Werbung und PR in personalisierten Wahlkämpfen. Die Autorin gibt zunächst einen Überblick über Grundbegriffe, Strategien und Instrumente moderner Wahlkampfführung.

Anschließend untersucht sie die Kampagnen auf Erfolgskomponenten und ermittelt einen allgemeinen, auf andere Wahlkämpfe übertragbaren Kriterienkatalog. Dabei wird auch die PR- und Wer-

bearbeit der Parteien im Detail analysiert. Die Untersuchungen stützen sich unter anderem auf zahlreiche Interviews und Gespräche mit Wahlkampfmanagern in Parteien und Agenturen sowie die umfassende Analyse von Wahlkampfmaterialien. Das Buch richtet sich an Entscheidungsträger in Parteien, Wahlkampftreibende und alle politisch Interessierten.

Die Autorin Friederike Seliger ist Diplom-Politologin und studierte Betriebswirtschaftslehre an der Uni Münster und Politikwissenschaft an der FU Berlin. Sie arbeitete als Beraterin bei der Agentur PLATO bevor sie als Referentin zum Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften wechselte. Das Buch ist im VDM Verlag, Saarbrücken erschienen und kostet 49,00 Euro. Es kann unter www.amazon.de bestellt werden (ISBN: 3836473445)



Wirkung von Wahlwerbung

Wahlwerbung wirkt. Dies belegen zahlreiche US-amerikanische Studien, die zumindest auf einen indirekten Einfluss der Werbung auf das Wahlverhalten schließen lassen. In Deutschland liegen bislang kaum Befunde über die Wirkungen von Wahlwerbung vor. Einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke liefert die vorliegende Analyse von Werbetrackingdaten zur Wahrnehmung und Wirkung der Parteienwerbung im Bundestagswahlkampf 2002.

In der wissenschaftlichen Wahlforschung standen jahrzehntelang zwei Fragen im Mittelpunkt: Warum entscheiden sich die Wähler für eine Partei oder einen Kandidaten? Welche Einfluss besitzen Massenmedien auf Wahlentscheidungen? Eine naheliegende dritte Frage wurde jedoch kaum behandelt: Welchen Einfluss besitzt der Wahlkampf der Parteien auf ihren Wahlerfolg? Die

Parteien kommen deshalb, wenn man von einigen Studien zur Wirkung von Politikerauftritten im Fernsehen absieht, meist nur schemenhaft am Rande vor – als Lieferanten von Themen.

Auf der Basis bevölkerungsrepräsentativer Stichproben von 350 Befragten pro Woche werden die Aufmerksamkeitsstärke, die Verarbeitung und die Erinnerungsleistung von Wahlwerbung sowie ihr Einfluss auf das Entscheidungsverhalten der Wähler untersucht. Ergänzt wird die Analyse der Umfragedaten um eine qualitative Untersuchung der von den Parteien eingesetzten Werbemittel.

Das Buch ist im Verlag Reinhard Fischer, München erschienen und kostet 20,00 Euro. Es kann unter www.amazon.de bestellt werden (ISBN: 3889274226)



*Erfahrung vermitteln,
Kompetenz schaffen!*

IBB

Informations-, Bildungs-
und Beratungswerk e.V.



Wir wünschen allen unseren
Leserinnen und Lesern ein
gesegnetes Weihnachtsfest und
für das neue Jahr alles Gute.

